

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. lebensnah. vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 47. Kalenderwoche 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in der vergangenen Haushaltswoche hat Schwarz-Gelb für 2011 den ersten eigenen Haushalt vorgelegt und sich damit zur Lobbypolitik bekannt. Die Aussage von Bundeskanzlerin Merkel, sie wolle „die Kanzlerin aller Deutschen“ sein, ist demaskiert. Vielmehr treffen die Kürzungen in allen Lebensbereichen vor allem die Mittelschicht: Geringverdienende, ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen. Ein auf das Wohl der ganzen Bevölkerung ausgerichteter Haushalt sieht anders aus.

Die Irland-Krise zeigt, dass die Banken- und Finanzmarktkrise keineswegs überwunden ist, wie es die Bundesregierung immer behauptet. Nicht nur mir ist unklar, wie Schwarz-Gelb verpflichtend sicherstellen will, dass die Banken und die Gläubiger die Rettungsaktionen begleichen - und NICHT die SteuerzahlerInnen. Zur Ordnung auf den Finanzmärkten bleibt uns die Bundeskanzlerin Merkel eine Antwort schuldig.

Zu meiner Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung: „Regelsätze und Bildungsbeitrag - schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?“ am 15. Dezember lade ich herzlich ein. Ich greife hier die aktuelle Debatte zur Neufestlegung der Regelsätze für ALG-II-Beziehende und ihre Angehörigen auf und diskutiere mit ExpertInnen und Euch darüber, ob der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nach Transparenz und gleichberechtigter Teilhabe durch Schwarz-Gelb erfüllt wird.

Wie wichtig Frieden ist, habe ich bei meiner Nahost-Reise wieder erfahren. Ich will Begegnungen ermöglichen. Wer kann mir helfen, z. B. eine Schule für Briefkontakte zu einer (christlichen Privat-)Schule in der Altstadt von Jerusalem zu finden?

Ich wünsche allen einen besinnlichen Advent und viel Spaß beim Lesen! Mit besten Grüßen

Eure
Mechthild

Inhalt:

■ Bundeshaushalt 2011

Schwarz-Gelb: Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln	2
SPD: Unser Haushaltskonsolidierungsprogramm	3

■ Gesundheitspolitik

Schwarz-Gelb: Aufkündigung des Solidarsystems	4
SPD: Die soziale BürgerInnenversicherung	5
PhysiotherapeutInnen werden bis 2020 nicht vom Fachkräftemangel betroffen sein	5
"Mitten im Leben" - Eine Fotoausstellung der Kooperationsgemeinschaft Mammographie	6
Brustkrebs-Früherkennung in Berlin	6

■ Im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion

Reise nach Nahost	7
-------------------	---

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf

Sozialer Kahlschlag bei der Städtebauförderung	8
Wunderbare Premiere „Hinter Fenstern...“ im Schöneberger Juxirkus	9
Frauen-Polit-Brunch in Reinickendorf	9

■ Terminhinweise 11



■ **Bundshaushalt 2011**

Schwarz-Gelb: Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln



Der erste eigene schwarz-gelbe Bundeshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Denn gespart wird nicht, im Gegenteil. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble tricksen

und mogeln, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Damit soll dann wohl die FDP-Steuerreform für die Spitzenverdiener finanziert werden. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen. Gering- und Normalverdienende zahlen weiterhin die Zeche.

Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung verspielt

Die Neuverschuldung sinkt zunächst auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden Euro. Sie hätte allerdings allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt schon um etwa 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen - auf dann 46,7 Milliarden Euro. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern die 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen dort draufgesattelt, wo es ihrer Klientel nützt.

Der vorgelegte Haushalt ist somit ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden. Statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen die weitere Subventionierung des Niedriglohnssektors. Die Kernbrennstoffsteuer wird nicht einmal das von der Regierung selbst veranschlagte Volumen erbringen, geschweige denn die Oligopolgewinne aus der Laufzeitverlängerung ausgleichen. Die Luftverkehrssteuer zahlen am Ende die VerbraucherInnen. Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben bleiben bestehen. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Schwarz-gelbe Spaltung der Gesellschaft

Der Haushalt vollzieht die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“

eine glatte Lüge. Dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Rechts, einen Schulabschluss nachzuholen, die Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose, wodurch die Gesetzliche Rentenversicherung mit 1,8 Milliarden Euro belastet und auf lange Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen, oder auch der Tod auf Raten für das Programm Soziale Stadt - diese Schritte sind nicht nur sozial fragwürdig, sie sind schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von EinwanderInnen.

Verfehlte Integrationspolitik durch massive Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städteförderung

Schwarz-Gelb streicht die Mittel für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zusammen und entzieht jahrelanger erfolgreicher Integrationsarbeit die Arbeitsgrundlage. Mit den gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen aufgebrachtten Mitteln konnten seit 1999 in 571 Gebieten in über 350 Gemeinden wichtige Maßnahmen für die Belebung von Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf ermöglicht werden. Gerade die Verbindung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen hat das Programm „Soziale Stadt“ zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Ob im Kiez, im Viertel, im Stadtteil - durch die bisherige Förderung konnte bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe ermöglicht werden. Es wurden erfolgreich Rahmenbedingungen entwickelt, die es ermöglicht haben, dass BewohnerInnen zu aktiv gestaltenden und mitentscheidenden BürgerInnen wurden. Die Bundesregierung bricht also Brücken ab, über die wir in den letzten zwölf Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit organisiert haben. Der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Brennpunkten, Integrationsangebote und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die Einrichtung eines eigenen Quartiersmanagements und von Nachbarschaftstreffs, die Förderung der Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld und die Möglichkeit, darauf gestaltend Einfluss zu nehmen - mit der Streichung dieser Komponenten bleibt Schwarz-Gelb die Antwort auf die Frage schuldig, wie erfolgreiche Integration ohne Aktivierung und Beteiligung gelingen soll. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dementsprechend am 22.11.2010 einen Änderungsantrag (Drs. 17/3833) mit der Aufforderung eingereicht, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei

dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen. *Die konkreten Auswirkungen der Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ auf Berlin sind im Artikel „Sozialer Kahlschlag bei der Städtebauförderung“ auf Seite 8 nachzulesen.*

Entgegen der Praxis der Bundesregierung, teures Geld für Studien über vermeintliche Integrationsverweigernde und inhaltsleere Gipfel zu verschwenden, sollten nach Überzeugung der SPD-Bundestagsfraktion die durch eine Unterfinanzierung verursachten langen Wartezeiten zur Teilnahme an einem Integrationskurs endlich beseitigt werden. Die TeilnehmerInnen an Integrationskursen würden dann auch schneller dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen. Dass das Geld vorne und hinten nicht reicht, um Integrationswilligen den Kursbesuch zu ermöglichen, war uns in der SPD-Bundestagsfraktion schon lange klar. Über 20.000 Migrantinnen und Migranten wird damit der Zugang zu Integrationskursen verwehrt. Aber alle Einwände, mindestens weitere 15 Millionen Euro für Integrationskurse bereitzustellen, wurden in den Wind geschlagen. Das sind 20.000 Enttäuschungen - integrationspolitisch ein verheerendes Signal: Alle fordern von Migranten die Beherrschung der deutschen Sprache, und dann gibt es für Frei- und Lernwillige keine Plätze.

Finanzminister umgeht Schuldenbremse

Herr Schäuble untergräbt die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz-Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich über 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldenbremse um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die

Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Das Konsolidierungsprogramm der SPD

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und ist überzeugt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und zwar bei gleichzeitiger Rücknahme aller sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen! Zur Gewährleistung einer nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik sind die folgenden Maßnahmen, die wir im Parlament mit Änderungsanträgen und Entschließungsanträgen untermauert haben, unverzüglich umzusetzen:

1. Die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind zurückzunehmen. Ausnahmen sind die Erhöhung des Kindergelds, die Leistungen zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern, die besondere Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder und das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben. Aus der Zurücknahme resultieren Mehreinnahmen des Bundes von 1,8 Milliarden Euro jährlich und es profitieren die Kommunen und Länder.
2. Das Kernbrennstoffsteuergesetz ist hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und des Geltungszeitraums im Sinne des Antrags der SPD im Haushaltsausschuss vom 21. Oktober 2010 neu zu gestalten. Daraus resultieren über die 2,3 Milliarden Euro jährlich hinaus, die bislang zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen sind, weitere 1,2 Milliarden Euro, die zur Verstärkung der klimaschützenden Investitionsprogramme, des Gebäudesanierungsprogramms, aber auch zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden sind. Aus dem Aufkommen sind 300 Mio. Euro zur Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund dieses Gesetzes den Kommunen durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter zuzuführen.
3. Es ist umgehend ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gemäß des Antrags der SPD-Fraktion (BT-Drs. 17/1408) einzuführen, der zu substantiellen Mehreinnahmen und Minder-

ausgaben führt, und zwar gesamtstaatlich jeweils bei der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit, aber auch beim Bund durch Minderausgaben bei der Grundversicherung für Arbeitsuchende vor allem durch eine sich reduzierende Zahl von sog. Aufstockern, aber auch über Steuermehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben summieren sich für den Bund auf etwa 3,5 Milliarden Euro.

4. Mittelfristig ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung anzustreben, die gemäß der Auffassung des Bundesrechnungshofs jährliche Mehreinnahmen für den Bund von bis zu 12 Milliarden Euro zur Folge hätte. Kurzfristig ist dies für 2011 durch eine Verbesserung und Optimierung des (einheitlichen) Steuervollzugs durch die Länder u.a. mithilfe des Instruments der Ausweitung von Betriebsprüfungen einzuleiten. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den Bund von etwa 3,7 Milliarden Euro für 2011 und jeweils aufsteigend in den Folgejahren.
5. Der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen, dafür aber erst ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Daraus resultieren mindestens Mehreinnahmen des Bundes von etwa 2,8 Milliarden Euro.

Damit senkt die SPD die Neuverschuldung ab auf 42,3 Milliarden Euro und liegt damit im Gegensatz zur Koalition nicht über, sondern deutlich unter der Schuldenobergrenze von 45 Milliarden Euro.

■ Gesundheitspolitik

Aufkündigung des Solidarsystems

Schwarz-Gelb hat die tragenden Säulen der gesetzlichen Krankenversicherung zerstört: die einkommensabhängigen Beiträge, das Sachleistungsprinzip und den gleichen Zugang aller zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Union und FDP brechen mit einem gesellschaftlichen Grundprinzip: der Solidarität im Gesundheitswesen. Die SPD fordert Gesundheit ohne Klassenschranken.



Der Bundestag hat in der 45. Kalenderwoche über die schwarz-gelben Gesetzesvorlagen zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Arzneimittelneuordnung entschieden. Die Vorhaben von Union und FDP bedeuten eine Richtungsentscheidung: Schwarz-Gelb bedient die Lobbyinteressen von Arzneimittelherstellern und Privatkassen, schwächt die Gesetzliche Krankenversicherung und belastet Gering- und Normalverdienende. Die schwarz-gelbe Nettolüge führt in der Gesundheitspolitik zu höheren Abgaben und einseitigen Zusatzbeiträgen für die Versicherten - der Einstieg in das System der Kopfpauschale. Am Ende stehen soziale Spaltung bei Gesundheit und Dreiklassenmedizin in Deutschland wie sie aus anderen Ländern ohne solidarischen Ausgleich bekannt ist. Damit wird in Zukunft vor einer guten Versorgung im Krankheits- und Versorgungsfall gefragt: „Kannst du es bezahlen?“

Zum Arzneimittelneuordnungsgesetz (ANMOG) und zum GKV-Finanzierungsgesetz hat Mechthild Rawert zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion Entschließungsanträge (Drs. 17/3703, 17/3707) vorgelegt. Zum ANMOG wurde zusätzlich ein Änderungsantrag (Drs. 17/3702) eingebracht.

GKV-Finanzierungsgesetz: Einstieg in die Entsolidarisierung

Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 2011 von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent ansteigen. Davon entfallen 8,2 Prozent auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber zahlen 7,3 Prozent, und dieser Anteil soll eingefroren werden. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die ArbeitnehmerInnen sowie auf RentnerInnen abgewälzt. Für sie steigen die Beiträge künftig doppelt so stark, weil die Arbeitgeberbeiträge eingefroren und ungedeckelte Zusatzbeiträge ohne Rücksicht auf das Einkommen erhoben werden. Der angekündigte Solidarausgleich wird Makulatur bleiben.

Geringverdienende werden künftig am stärksten belastet und haben kaum Aussicht auf sozialen Ausgleich. Das sind die Einführung der unsozialen Kopfpauschale und der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Wartezeit für einen Wechsel von der Gesetzlichen zur Privaten Krankenversicherung soll von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden.

Arzneimittelneuordnungsgesetz: Profitgarantie für die Pharmaindustrie

Schwarz-Gelb will es der Pharma-Industrie ermöglichen, die Arzneimittelpreise für neue Arzneimittel im ersten Jahr festzusetzen – verbunden mit einer sofortigen Erstattung durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Ab dem zweiten Jahr gilt der zwischen den GKV und den Herstellern verhandelte Erstattungspreis nach einer Nutzen-Bewertung. Die Hersteller werden folglich das erste Jahr nutzen, um mit maßlosen Preisen vorab so viel Gewinn wie möglich abzuschöpfen - bevor der Verhandlungspreis festgesetzt wird. Außerdem sollen nutzlose Arzneien leichter verkauft werden können. Die in der neuen Rechtsverordnung hierfür aufgeführten aufgeweichten Kriterien hat der Verband forschender Arzneimittelhersteller vorformuliert. Lobbyverbände schreiben sich ihre Verordnung selbst. Bei vergabe-rechtlichen Streitigkeiten wird die Zuständigkeit von den Sozial- zu den Zivilgerichten übertragen. Mit dem Zuständigkeitswechsel steigen die Erfolgsaussichten der Pharmaunternehmen bei Klagen gegen Ausschreibungen und Rabattverträge.

Für die GKV wird das Kartellrecht eingeführt. Damit werden Arzneimittel-Rabattverträge zwischen Herstellern und Zusammenschlüssen mehrerer Kassen erschwert bzw. verhindert. Das bedeutet konkret, dass künftig nur noch einzelne Kassen Rabattverträge mit geringerem Marktanteil und folglich höheren Preisen abschließen können. Ergebnis: Mehr Gewinn für die Pharmaindustrie.

Vorkasse: Erste, zweite und dritte Klasse in der Arztpraxis

Bisher gilt bei der gesetzlichen Krankenversicherung das Sachleistungsprinzip: Jeder Praxisbesuch wird nach einheitlichen Sätzen von der Kasse vergütet. Die PatientInnen müssen sich darum nicht kümmern. Das Sachleistungsprinzip ist der Grundpfeiler unserer solidarischen Krankenversicherung. Es garantiert, dass Menschen zur ÄrztIn gehen können, ohne vorher fragen zu müssen, ob ihr Geld dazu reicht. Schwarz-Gelb plant jetzt jedoch eine drastische Ausweitung der Kostenerstattungsregelungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Wer genug Geld im Portemonnaie hat, um seine Arztrechnung per Vorkasse zahlen zu können, wird in Zukunft bevorzugt behandelt werden. Das Resultat wird eine Drei-Klassen-Medizin sein, bei der Privatversicherte Patienten Erster-Klasse sind, gefolgt von allen gesetzlich Krankenversicherten, die es sich leisten können, Vorkasse zu zahlen. Am Ende stehen dann die normalen gesetzlich Krankenversicherten, die das

geringste Honorar versprechen und deshalb z. B. mit längeren Wartezeiten rechnen müssen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine andere Gesundheitspolitik: die soziale BürgerInnenversicherung

Das sozialdemokratische Modell der solidarischen BürgerInnenversicherung beruht auf der Erkenntnis: Sozialer Fortschritt geht nur gemeinsam - ohne Klassenschranken! Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Wohlhabende sollen nicht aussteigen, sondern zur solidarischen Krankenversicherung beitragen. Nur eine Finanzierung über angemessene Beiträge und über Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung. Ob gesetzlich oder privat: Alle Versicherten sollen in den Risikoausgleich einbezogen werden. Das sollte schrittweise erfolgen, denn die erworbenen Rechte der privat Versicherten sollen beachtet werden.

Voraussetzung für ein solidarisches System sind vergleichbare Spielregeln und fairer Wettbewerb für alle Krankenkassen und Versicherungsunternehmen. Auch die privaten Kassen müssen Verantwortung für die Qualität und die Preise der medizinischen Leistungen übernehmen, so wie das die Gesetzliche Krankenversicherung bereits macht. Notwendig ist eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit die Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken. Das Gesundheitssystem muss wieder voll paritätisch finanziert werden. Nur ein einheitliches Sozialversicherungssystem, das den Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit unabhängig von ihrem Erwerbsstatus bietet, wird dem Anspruch nach sozialer Sicherheit in einer von vielfältigen Lebensmodellen geprägten, modernen Einwanderungsgesellschaft heute und in Zukunft gerecht.

PhysiotherapeutInnen werden bis 2020 nicht vom Fachkräftemangel betroffen sein



v.l.n.r.: Dr. Frank Dudda, Mechthild Rawert, Ute Repschläger

Die Berichterstatterin für Gesundheitsberufe der SPD - Bundestagsfraktion, Mechthild Rawert, traf sich mit der Vorsitzenden des Bundesverbandes selbstständiger Physiotherapeuten - IFK e.V. - Ute Repschläger und dem Geschäftsführer Dr. Frank

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Dudda zum Meinungsaustausch im Deutschen Bundestag.

Pro Jahr derzeit beginnen pro Jahr ca. 7.000 angehende PhysiotherapeutInnen, davon über 60% Frauen, die Ausbildung. Der Fachkräftebedarf ist damit laut Ute Repschläger mindestens für das nächste Jahrzehnt gedeckt. Aus dem langen und sehr anregenden Gespräch ging auch hervor, dass die Branche der PhysiotherapeutInnen noch Probleme und Zukunftsvorhaben zu bewältigen hat. Dazu gehören laut IFK die Defizite in der fehlenden Angleichung der Ost- und Westvergütungen, die Stärkung der Akademisierung der Ausbildung als große Zukunftschance sowie der Wunsch der TherapeutInnen nach mehr Freiräumen bei der Leistungsabgabe.

Für Mechthild Rawert ist die Versorgung mit physiotherapeutischen Leistungen von besonderem Interesse. Sie zeigte sich sehr erfreut, dass in Berlin die Versorgungssituation aktuell gut ist. Als großes Problem der Zukunft sieht die Berliner Gesundheitspolitikerin allerdings die drohende Altersarmut für den Berufsstand der Physiotherapie, da viele in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, wie 400 €-Jobs oder in 10 Stundenverträgen, angestellt sind oder als gering verdienende Selbständige ihren Beruf ausüben. Die Lage der PhysiotherapeutInnen werde derzeit überprüft, so der IFK e.V.

Weitere Schwerpunkte des Dialogs waren die Möglichkeiten und Chancen, die sich für PhysiotherapeutInnen aus dem prognostizierten Mangel der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ergeben. Hier gehe es laut Aussage von Dr. Frank Dudda um komplementäre Angebote, die die ärztliche Versorgung ergänzen. Mittel- und langfristiges Ziel des Bundesverbandes selbständiger Physiotherapeuten ist der Direktzugang zu den Patientinnen und Patienten ohne vorherige ärztliche Verordnung. Dies sei fast überall in Europa der Fall und helfe, eine schnellere und bessere Versorgung mit physiotherapeutischen Leistungen sicherzustellen.

Insgesamt war es für beide Seiten ein konstruktiver Austausch mit vielen interessanten Denkanstößen für die künftige Arbeit.

"Mitten im Leben" - Eine Fotoausstellung der Kooperationsgemeinschaft Mammographie

Vor fünf Jahren hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) das Mammographie-Screening-

Programm in Deutschland gestartet. Am 24.11. wurde daher im Bundesgesundheitsministerium die Fotoausstellung „Mitten im Leben“ der Kooperationsgemeinschaft



v.l.n.r.: Bettina Flittner,
Dr. Lisa Regitz-Jedermann

Mammographie mit Frauenportraits von Bettina Flittner eröffnet. Das Mammographie-Screening dient der Früherkennung von Brustkrebs und richtet sich bundesweit an Frauen zwischen 50 und 69 Jahren. Frauen dieser Altersgruppe sind in das Mammographie-Screening einbezogen, weil Studien gezeigt haben, dass vor allem sie den größten Nutzen haben. Das Brustkrebsrisiko steigt mit dem Alter: Die meisten betroffenen Frauen sind zum Zeitpunkt ihrer Erkrankung älter als 50 Jahre, das mittlere Erkrankungsalter liegt bei 63 Jahren.

Über 58.000 Frauen erkranken in der Bundesrepublik jährlich an Brustkrebs und über 15.000 Frauen sterben daran. Das Mammographie-Screening-Programm wird nach EU-Leitlinien qualitätsgesichert durchgeführt. Wird ein Tumor frühzeitig erkannt, liegen die Heilungschancen bei über 90 Prozent. Dennoch nehmen erst 54 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe an den alle zwei Jahren zu wiederholenden Mammographie-Untersuchung teil. 70 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen müssten aber teilnehmen, um die Krebssterblichkeit im vergleichbaren europäischen Maßstab zu senken. Frau Dr. Lisa Regitz-Jedermann, Leiterin des Referenzentrums Mammographie Berlin, fordert daher den Ausbau von Informations- und Aufklärungskampagnen für dieses freiwillige und zusätzliche Angebot zur jährlichen Krebsfrüherkennungs-Untersuchung. Das Mammographie-Screening ersetzt nicht die Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen beim Frauenarzt, die jede Frau unabhängig von ihrem Alter regelmäßig in Anspruch nehmen sollte.

Brustkrebs-Früherkennung in Berlin

„Ich bitte alle Frauen, sich am Mammographie-Screening zu beteiligen. Auch in Berlin erkranken jährlich über 2.000 Frauen neu an Brustkrebs und über 800 Frauen sterben an dieser häufigsten Krebserkrankung bei Frauen“, erklärt Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses und Berliner Bundestagsabgeordnete. Das Verfahren läuft wie folgt ab: Anspruchsberechtigte Berlinerinnen erhalten alle zwei Jahre von der für das Einladungswesen zuständigen sogenannten Zentralen Stelle automatisch eine Einladung in eine der vier Berliner

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Screening-Einheiten. Das Screening wird in diesen hochqualifizierten Untersuchungszentren nach strengen technischen und medizinischen Qualitätskriterien ausschließlich von speziell fortgebildeten und erfahren ÄrztInnen und Röntgenfachkräften durchgeführt. Die Untersuchung, bei der die Brust zwischen zwei Kunststoffplatten gelegt, kurz zusammengedrückt und geröntgt wird, dauert nur wenige Minuten. Durch die Mammographie können auch kleinste Veränderungen des Brustgewebes sichtbar gemacht werden, bevor körperliche Beschwerden auftreten oder Knoten tastbar sind. Mindestens zwei ÄrztInnen beurteilen die Aufnahmen. Der Befund wird der untersuchten Frau in der Regel innerhalb von sieben Werktagen zugestellt. Sollten keine Auffälligkeiten vorliegen, erfolgt eine weitere automatische Einladung erst nach zwei Jahren.

Bei ca. fünf Prozent der untersuchten Frauen zeigt der Befund eine Auffälligkeit. Diese werden zur weiteren Abklärung und Beratung zu einem ÄrztInnengespräch eingeladen. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass bei 80 Prozent der Frauen, die wegen einer auffälligen Mammographie nochmals eingeladen werden, allerdings kein Brustkrebs nachgewiesen werden konnte. Nur bei ca. einem Prozent der Frauen bestätigt sich der Verdacht auf Brustkrebs. Diese Patientinnen werden dann umfassend multidisziplinär medizinisch und psychologisch beraten. Eine Weiterbehandlung in zertifizierte Brustzentren wird empfohlen, in denen sie auch eine intensive psychosoziale Betreuung erhalten.

■ Im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion

Reise nach Nahost: Israel, Westbank und Gaza



Der „rote Faden“, der während meiner zahlreichen Gespräche mit jüdischen und arabischen Israelis, mit PalästinenserInnen, von Isaac Herzog, Minister of Welfare and Social Services und einer

der vier KandidatInnen für den Vorsitz der dramatisch geschrumpften Labor Partei bis hin zu jungen GemeinwesenarbeiterInnen, hat mich schockiert: Eine Hoffnung, eine Vision für Frieden scheint es – zumindest augenblicklich – nicht zu geben. Zu den

gravierenden ungelösten politischen Konflikten kommen weitere Konflikte, die u.a. in der massiven Spaltung der Gesellschaft liegen. Die angesehene Tageszeitung Haaretz schrieb am 31. Oktober „South Africa is already here“.

Mauer und Checkpoints

Wenn sich Maria und Josef heute auf den Weg nach Bethlehem machen würden, würden sie ganz genau genommen an den israelischen Militärverordnungen scheitern, die es Jüdinnen und Juden verbieten, „hinter die Mauer“, in jene Gebiete zu gelangen, die früher, nach dem Beginn des Osloer Friedensprozesses einmal als Zone ‚A‘ unter palästinensischer Autorität den Kern eines zukünftigen Staates Palästina hätten bilden sollen. Diesmal also würden sie nicht wegen der ungastlichen Wirte obdachlos sein, sie kämen gar nicht bis nach Bethlehem hinein. Und diesmal stünden ihnen auch die Hirtenfelder nicht mehr offen, um nach einer Höhle zu suchen oder einem Stall: Alles liegt hinter der Mauer. Maria wäre übrigens nicht die erste Frau, die an einem Checkpoint niederkäme.



Was würden die Engel auf dem Felde verkünden, wenn sie in dieser Situation Frieden verkünden sollen, Friede „den Menschen guten Willens“?

Sicherheit der einen geht nicht ohne Würde und Freiheit der anderen

Das „Heilige Land“ ist vor lauter Sicherheitsdenken erstarrt. Die einen wollen Sicherheit, die anderen Würde und Freiheit, beides ehrenwerte Motive und Ziele. Mir als Besucherin scheint es mit Händen greifbar zu sein, dass des Einen Sicherheit nicht ohne die Freiheit des Anderen verwirklicht werden kann. Viele lange ergebnislose Friedensprozesse sind in den beiden Gesellschaften auf völlig unterschiedliche Interpretationen gestoßen: Für die einen gibt es seit der Intifada II keinen Partner für den Frieden mehr, für die anderen gab es genug vom Prozess und zu wenig von Frieden und zukunftsfähigem Ergebnis.

Was können wir tun?

Können wir aus Deutschland mehr tun als beobachten? Mehr als bezahlen? Müssen wir vielleicht mehr tun für eine Region vor unserer



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Haustür, deren Probleme auch uns direkt betreffen können? Dabei geht es in erster Linie nicht um unsere Sicherheit, nicht um unser Bedürfnis nach Versöhnung mit der eigenen Geschichte sondern darum, dass Menschen vor Ort eine Perspektive für Gerechtigkeit und für eine gemeinsame Zukunft ohne Gewalt haben.

■ Aus Tempelhof-Schöneber und Reinickendorf

Sozialer Kahlschlag bei der Städtebauförderung



Anlässlich der drastischen Kürzung der Städtebauförderung, vor allem des Programms Soziale Stadt, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg und Landesgruppensprecherin der Berliner SPD-Bundestags-

abgeordneten, Mechthild Rawert:

In der Haushaltsberatung am 24.11.2010 hat die SPD von der Regierung gefordert, die Kürzung der Städtebauförderung, insbesondere die Kürzungen im Programm Soziale Stadt, zurückzunehmen. In namentlicher Abstimmung lehnten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, darunter auch die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) und Holger Krestel (FDP), diesen Antrag ab.

Die Städtebauförderung insgesamt wird im Haushalt 2011 um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt. Besonders schlimm trifft es - entgegen den Empfehlungen sämtlicher Fachleute - das Programm "Soziale Stadt", aus dem auch die Projekte in unseren Quartiersmanagement-Gebieten Gelder erhalten. Dieses wird um 72 % von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro kaputt gespart und lediglich auf bauliche Maßnahmen beschränkt.

Damit ist dieses essentielle Programm jetzt das kleinste im Rahmen der Städtebauförderung. Stattdessen wird der Bereich „Kleinere Städte und Gemeinden“ um ca. 95 % angehoben - ein Programm, das vor allem den kleinen Städten im süddeutschen

Raum, aus dem Minister Ramsauer kommt, zugute kommt.

Für Berlin sind das schlechte Nachrichten: die Fortführung der Sozialen Stadt ist gefährdet. Die Kürzungen haben weitreichende Auswirkungen. In Berlin werden 77 Fördergebiete finanziell unterstützt, um eine städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Aufwertung des jeweiligen Kiezes zu erreichen. Es geht um Lebensqualität in ganz Berlin, es geht um das soziale Miteinander in Berlin.

Wir kennen in unserer Stadt auf das Genaueste die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und städtebaulichen Gefahren, die mit sozialräumlicher Polarisierung, mit Gentrifizierung, mit der drohenden Abwertung von Kiezen verbunden sind.

Die Städtebauförderung gibt seit vielen Jahren wichtige Impulse und unterstützt die Städte bei gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Die drastischen Einschnitte bekommt insbesondere das Baugewerbe und das Handwerk zu spüren, da zudem auch das Konjunkturpaket ausläuft. Da gerade der Städtebauförderung durch die Anstoßwirkungen hohe Wachstums- und Beschäftigungseffekte beizumessen sind - nach DIW löst 1 Euro Städtebauförderung 8 Euro weitere öffentliche und private Investitionen aus -, wirken sich die Kürzungen direkt auf den Arbeitsmarkt aus.

Die Kürzungen treffen Tempelhof-Schöneberg

Ein Beispiel: Im Schöneberger Norden wurde für über 17.000 Menschen ein Quartiersmanagement eingeführt. Hier arbeiten BürgerInnen ehrenamtlich in Quartiersräten und engagieren sich für ihren Kiez. Allein im Jahr 2010 konnten durch das Programm Soziale Stadt im Quartiersmanagement Schöneberger Norden insgesamt 46 Projekte durch die Quartierfonds mit 142.000 € unterstützt werden. Gefördert werden Nachbarschaftsprojekte, Projekte zur Gesundheits- und Gewaltprävention, Spracherwerb, Freizeit- und Bildungsangebote und die lokale Ökonomie. Genau diese Projekte, die zum Zusammenleben der Kulturen, zur Integration und zum gelingenden Zusammenleben



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

aller BürgerInnen beitragen, streicht die schwarz-gelbe Bundesregierung.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist erfolgreich, das schreibt die Regierung selbst in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im Juni 2010. Die Evaluation des Programms 2004 hatte gezeigt, dass es gerade durch den integrativen Ansatz gelingt, die Lebenssituation der Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. Die Bundesregierung hat nicht begriffen, dass allein Investitionen in Beton dazu nicht ausreichen. Denn wenn der soziale Kitt nicht hält, sind auch Investitionen in Gebäude und Wohnumfeld in den Sand gesetzt.

Die Kürzungen sind ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen 10 Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben.

Bereits kurz nach der Sommerpause hatte ich in einem Brief an alle Berliner Bundestagsabgeordneten und an den Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer appelliert, auf die Kürzungen des Programms „Soziale Stadt“ auch zum Wohle unserer Stadt zu verzichten. ALLE Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister hatten sich unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit gegen die vorgesehene Kürzung gewandt! Jetzt müssen die Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak und Holger Krestel den Menschen in Tempelhof-Schöneberg erklären, warum die erfolgreichen Soziale Stadt-Projekte nun ohne Perspektive sind.

Wunderbare Premiere „Hinter Fenstern...“ im Schöneberger Juxirkus



Es steht ein Zelt in Schöneberg und das heißt „Juxizelt“. Und genau in diesem fand am 20.11. eine wunderbare Premierveranstaltung des neuen Winterprogramms „Hinter Fenstern...“ statt.

„Hinter Fenstern...“ passiert so manches. Der Winter kommt, da wird es abends wieder früher dunkel, alle Fenster sind hell erleuchtet, und Hand aufs Herz, habt ihr euch noch nie gefragt, was dahinter eigentlich geschieht?

Wer steht nicht schon mal vor einem Haus und schaut in die verschiedenen Fenster, ins Badezimmer, in die Küche? Mit Bravour und großem Zirkuskönnen setzen die jungen KünstlerInnen Aktivitäten in Szene, die in Räumen oder der Umgebung eines Hauses so passieren. Wollten Sie schon immer beobachten, wie sich ein Baum in den verschiedenen Jahreszeiten verändert oder was auf dem Gehweg passiert? Dann nichts wie hin in das Juxizelt des Juxirkus in der Schöneberger Hohenstaufenstraße. Die Aufführung lässt nicht nur Kinder strahlen und staunen, sondern begeistert auch Erwachsene. Dank an die Kinder und Jugendlichen, die uns an ihrem Können teilhaben lassen!

Im Juxirkus wird Professionelles aus der Welt des Zirkus geboten. Hier produzieren Kinder und Jugendliche ihre eigene Zirkusshow. 1988 vom Nachbarschafts- und Familienzentrum Kiezoase e.V. gegründet, steht das Zelt seit 1990 an seinem jetzigen Ort, an der Hohenstaufenstraße in Berlin Schöneberg. Der Juxirkus ist Teil der „alternativen“ Kulturszene und bietet vor allem Kindern und Jugendlichen aus dem Kiez eine wunderbare Anlaufstelle für Spaß, Sport und Spiel.

Frauen-Polit-Brunch in Reinickendorf

Frauen für die aktive Politik, für Mandate und Ämter zu gewinnen, sie zu stärken und einen Austausch zwischen erfahrenen Politikerinnen und Newcomerinnen zu organisieren, ist originäre Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).



Zu einem Polit-Brunch versammelten sich am 14. November über 20 Frauen, um sich über den Alltag und die aktuellen Herausforderungen politischer Mandats- und Amtsträgerinnen informieren zu lassen.



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10

Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg und Wahlkreisbetreuerin für Reinickendorf, informierte die Gäste über Tücken und Fallstricke des am 12. November 2010 im Bundestag verabschiedeten Finanzierungsgesetzes zur gesetzlichen Krankenversicherung. „Der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Regierung läutet das Ende des solidarischen Gesundheitssystems ein“, so die Bundestagsabgeordnete. „Ab dem 01.01.2011 werden vor allem ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und StudentInnen durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur Kasse gebeten.“ Somit komme es zu einer doppelten Belastung, weil die zukünftig erhobenen Zusatzbeiträge - die Kopfpauschale – nicht vom Arbeitgeber mitgetragen werden. Mechthild Rawert kündigte weitere schwarz-gelbe Angriffe auf unser umlagefinanziertes Sozialversicherungssystem an: So wolle Bundesgesundheitsminister Rösler in den kommenden Monaten die Pflegeversicherung verstärkt durch einen Ausbau kapitalgedeckter Formen „reformieren“.

Mit Verve informierte Mechthild Rawert über die von ihr ins Leben gerufene parlamentarische Initiative „Gesundheits- und Pflegeberufe“. Ziel sei es, auch junge Menschen für diese personensorientierten Berufe zu gewinnen. Dieses könne aber nur dann klappen, wenn sich die Situation der jetzt aktuell Beschäftigten ändere. Bessere Arbeitsbedingungen, bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Gehalt seien unabdingbar.

Die Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue berichtete unter Anderem über die Vielschichtigkeit von Gerichtsstrukturen. Eine Besonderheit in ihrem Bereich sei die länderübergreifende Zusammenarbeit des Gerichtswesens mit Brandenburg. Spannend erläuterte sie auch den allgemeinen Resozialisierungsauftrag für Strafgefangene anhand unterschiedlicher Beispiele. „Knast ist viel mehr als bloßes Wegsperrn. Während der Inhaftierung müssen die Gefangenen ebenfalls wieder auf ein Leben draußen vorbereitet werden“, erklärte Gisela von der Aue. Neben den notwendigen sozial-

pädagogischen Angeboten gäbe es hierzu auch vielfältige Berufsaus- und -weiterbildungsangebote. Brigitte Lange, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, beschrieb den „Spagat“ zwischen ihrer parlamentarischen Arbeit im Abgeordnetenhaus, wo sie als kulturpolitische Sprecherin agiert und insbesondere die kulturelle Bildung voranbringen möchte, und der Bewältigung aktueller Probleme in ihrem Wahlkreis. Derzeit wenden sich vor allem Mieter des Märkischen Viertels an sie, weil diese wegen der energetischen Sanierung mit unhaltbaren Zuständen konfrontiert seien. Einige der MieterInnen könnten während der Sanierung aufgrund der unzumutbaren Zustände durch die Bauarbeiten nicht in ihren Wohnungen bleiben. Andere kämpften damit, dass die Betriebskosten entgegen der Ankündigung zur Sanierung keinesfalls gesunken seien. Brigitte Lange steht auf der Seite der Mieterinnen und Mieter und setzt sich für einen Interessenausgleich ein.

Die einladende Vorsitzende der AsF Reinickendorf, Carmen Reglin, selbst auch Kandidatin für die Abgeordnetenhauswahlen, hatte nicht nur für das politisch-geistige sowie das leibliche Wohl gesorgt. Zur Erbauung aller war auch eine Comedy-Künstlerin anwesend, die mit ihrem witzig-spritzigen Auftritt für Begeisterungstürme sorgte. „Frauen können nicht nur Politik, sondern auch Kultur“, stellte Mechthild Rawert abschließend fest.



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 11

■ Terminhinweise

Samstag, 27. November

- *Kreis-Delegierten-Konferenz der SPD Tempelhof-Schöneberg*

Sonntag, 28. November, 1. Advent

- „Lichterwelt am Winterfeldt“
16:00 - 17:00 Uhr
Winterfeldtplatz, in Schöneberg

Montag, 29. November

- *Arbeitskreis Integration und Migration beim SPD-Parteivorstand*
Willy-Brandt-Haus
- *Grußwort beim Migrationspolitischen Empfang*
Festsaal For X, 10117 Berlin-Mitte

Dienstag, 30. November

- *AIDS-Gedenkveranstaltung*
Einweihung einer Stele
19:00 Uhr
An der Urania

Freitag, 3. Dezember

- *Weihnachtsfeier der Kreisvorsitzenden und Friedenauer Politikerin Dilek Kolat*
18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Dilek Kolat, MdA, Moselstr. 6 12159 Berlin

Freitag & Samstag, 3.-4. Dezember

- *16. Kongress Armut und Gesundheit*
Referentin: Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und Praxis beraten unter dem Motto "Verwirklichungschancen für Gesundheit" Strategien, um die Gesundheitschancen sozial benachteiligter Menschen zu verbessern.
Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Sonntag, 5. Dezember, 2. Advent

- *Multikultureller Brunch*
11:00 – 14:00 Uhr
Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin

Dienstag, 7. Dezember

- *Integrationszentrum Harmonie e.V.*
Als Schirmherrin des Projektes „Raduga“ übergibt Mechthild Rawert zusammen mit der Integrationsbeauftragten von Tempelhof-Schöneberg Gün Tank Zertifikate.

15:00 – 18:00 Uhr

Integrationszentrum Harmonie e.V., Katzlerstr. 11

Mittwoch, 8. Dezember

- *FES-Veranstaltung: Präventionskette Dormagen – ein Modell für gesundes Aufwachsen für alle?*
Podiumsteilnehmerin zur „Kindbezogene Armutsprävention - Handlungserfordernisse, Prozesse und strukturelle Anforderungen“
Ärzttekammer, Friedrichstr. 16, 10969 Berlin
- *BürgerInnen-Sprechstunde in Reinickendorf*
SPD Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

Mittwoch, 15. Dezember

- *Eigene Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung: „Regelsätze und Bildungsbeitrag - schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?“*
Anlässlich der Bundesratsentscheidung über die Neufestlegung der Regelsätze für ALG-II-Beziehende und ihre Angehörigen diskutieren wir darüber, ob der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nach Transparenz und gleichberechtigter Teilhabe mit den schwarz-gelben Gesetzesnovellen erfüllt wird. Wir SozialdemokratInnen sind überzeugt: Nein! Mit Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soz. Integration der SPD-Bundestagfraktion; Johannes Wörn, Leiter der Abteilung "Arbeit, Soziales, Europa des AWO-Bundesverbandes; Andreas Kalbitz, Fachreferent für den Bereich Soziale Sicherung/Kinderarmut des Deutschen Kinderschutzbundes und Barbara König, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie.
19.30 - 21.15 Uhr
AWO Bundeszentrale e.V. im Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63 10961 Berlin
ANMELDUNG in Kürze auch über meine Website www.mechthild-rawert.de

Weitere Termin-Infos unter: www.mechthild-rawert.de oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

